



Die beiden Schwergewichte Roche und Novartis sind weit über die Stadt hinaus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. GEORGIOS KEFALAS / KEYSTONE

# Kritik aus Basel am Bundesrat

*Ständerätin Eva Herzog vermisst ein klares Bekenntnis zur Pharmaindustrie*

DIETER BACHMANN

Muss der Wirtschaftsstandort Schweiz «paranoid» sein, wie es der Roche-Präsident Severin Schwan formuliert hat? «Zumindest ein deutlicheres Bekenntnis, was wir bezüglich Pharmaindustrie wollen, könnte nicht schaden», sagt Eva Herzog. Sie kennt die Diskussion über die Branche als Klumpenrisiko oder eben als Klumpenchance. Als ehemalige Finanzdirektorin des Kantons Basel-Stadt in den Jahren 2005 bis 2020 weiss sie um die Bedeutung der Branche als Arbeitgeber und als Steuerzahler.

«Standortwettbewerb hat es schon immer gegeben. Aber dieses Jahr hat er eine neue Dimension erreicht», sagt die heutige Basler SP-Ständerätin im Gespräch. Damit meint sie die Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Dieser hat von Schweizer und anderen Pharmakonzernen unter Androhung von Zöllen Zusagen für Investitionen in Amerika in Milliardenhöhe erhalten.

Zudem versucht er, die Unternehmen zu Preissenkungen in den USA zu bewegen, was ihm mit Abkommen mit bisher 14 Konzernen teilweise gelungen ist. Für die Industrie ist deshalb klar, dass die Preise in Europa steigen müssen, um die Ausfälle in Amerika kompensieren zu können.

Nach dem Novartis-Chef Vas Narasimhan in der NZZ hatte am Wochenende auch der Roche-CEO Thomas Schinecker in den Tamedia-Zeitungen eine entsprechende Forderung für die Schweiz aufgestellt – sonst kämen neue Medikamente nicht oder erst verspätet zu den Patienten. Dies hatte den Pharma-Managern den Vorwurf der Erpressung eingebracht.

## Das Gesamtbild zählt

«Es ist nicht sinnvoll, von Erpressung zu sprechen», findet Herzog. Die Schweiz solle sich jetzt lieber fragen, wie sie als offene, international vernetzte Volkswirtschaft mit einem kleinen eigenen Absatzmarkt mit dieser Situation umgehe. In Basel habe man sich stets glücklich geschätzt, mit der Pharma eine Industrie zu haben, deren Produkte unabhängig von der Konjunktur nachgefragt würden. «Doch jetzt merkt man langsam, auch über die Region hinaus, dass die Präsenz der Branche hier nicht selbstverständlich ist.»

Die Position der US-Regierung kommt für Herzog nicht unerwartet: «Die Medikamentenpreise in den USA

sind tatsächlich sehr hoch.» Die Schweiz und Europa müssten sich jetzt gut überlegen, wie sie mit der Forderung nach höheren Preisen umgingen. «Ich verstehe die Position unserer Gesundheitsministerin, dass nicht die Prämienzahlenden eine allfällige Preiserhöhung tragen müssen.»

Aber würde Eva Herzog der Industrie aus Standort-Überlegungen höhere Medikamentenpreise in der Schweiz zugestehen? So möchte sie das zwar nicht formulieren, doch sie sagt: «Man muss das Gesamtbild anschauen und nicht nur die Einzelteile.»

## Es braucht eine Strategie

Das heisst, es brauche neben der Diskussion über die Preispolitik und deren Auswirkungen auf die Gesundheitskosten eben auch den Blick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der Pharmaindus-



KEYSTONE

Eva Herzog  
Ständerätin SP und  
Ex-Finanzdirektorin  
von Basel-Stadt

trie. «Ich nehme an, die Medikamentenpreise wären bei uns auch dann hoch, wenn die Branche woanders angesiedelt wäre – doch mir ist es lieber, wenn die Firmen in der Schweiz sind.»

Eine solche Gesamtschau möchte Herzog mit einer Pharmastrategie für die Schweiz erreichen. Eigentlich hatte der Bundesrat diese Idee abgelehnt, doch eine entsprechende Motion der Politikerin hat der Ständerat im September mit 45 zu 0 Stimmen überwiesen, so dass sich die Exekutive nun gegen ihren Willen doch mit der Forderung befassen muss.

«Vor drei Jahren hätte so ein Anliegen zur Stärkung der Pharma- und Biotechindustrie nie diese Unterstützung erhalten», so Herzog überzeugt. In Bern stehe die Branche bei vielen Parlamentariern lediglich als Kostenfaktor im Gesundheitswesen oder wegen der tatsächlich hohen Löhne des Führungspersonals im Fokus. Doch die Politik von Trump habe für ein Umdenken gesorgt und Sorgen um den Standort geweckt.

Ziel der Pharmastrategie ist es, Massnahmen zu erarbeiten, wie die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Pharma- und Biotechnologie-

Industrie verbessert, Verschiebungen ins Ausland verhindert werden können und der Zugang der Schweizer Bevölkerung zu Medikamenten sichergestellt werden kann. Dazu gehören etwa bessere Bedingungen für klinische Studien oder schnellere Zulassungsverfahren. Andere Länder wie beispielsweise Deutschland oder Spanien haben bereits Pharmastrategien.

Der Wettbewerb um die Gunst der Pharmakonzerne habe sich schon während der Covid-Zeit verschärft, sagt Herzog. Mit der Pandemie hätten viele Länder realisiert, wie abhängig sie von internationalen Lieferketten seien – und den Wert einer eigenen Pharmaproduktion erkannt.

Diese Entwicklung könne man nicht aussitzen. «Der Druck auf den Pharma-standort wird auch nach Trump weitergehen», sagt Herzog. Auch die nächste US-Regierung werde dereinst auf eine Pharmaproduktion im eigenen Land pochen und nicht mehr so hohe Medikamentenpreise akzeptieren, ist sie überzeugt.

## Die Hochschulen sind die Basis

«Es sollte uns Sorgen machen, dass sich die Welt verändert hat», sagt Herzog, «aber im Bundesrat scheint das noch nicht wirklich angekommen zu sein.» Damit meint sie den Wunsch der Landesregierung zur Ablehnung ihrer Motion für eine Pharmastrategie. Der Bundesrat schrieb, die Ausarbeitung einer solchen Strategie sei «nicht zielführend» angesichts diverser anderer Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – denn diese würden ja letztlich auch der Pharmaindustrie zugutekommen.

Dass die Regierung trotz der enormen Bedeutung der Branche und dem erhöhten Standortwettbewerb wie seit eh und je nur eine branchenneutrale Wirtschaftspolitik betreiben wolle, «ist für mich unverständlich», sagt Herzog.

Apropos Rahmenbedingungen: Der wichtigste Standortfaktor, so höre sie jeweils von den Firmen, sei die Verfügbarkeit gut qualifizierter Mitarbeitender. Deshalb findet Herzog es auch fragwürdig, dass im Entlastungsprogramm des Bundes auch Kürzungen bei den Hochschulen und der Grundlagenforschung geplant sind. Der Punkt mit den Arbeitskräften sei umso wichtiger geworden, als sich die Schweiz aufgrund der OECD-Steuerreform gegenüber anderen Ländern nicht mehr mit einer Tiefsteuerstrategie hervorheben könne.